

Luzerner Tagblatt

Aegypt. Angriff erregt Israel 2
Priester proben den Aufstand 4
Heyerdahls Floß in Gefahr 14
Kremelführer verschieben LM
Rumänienbesuch LM



Italien meldet Schneefälle bis auf 1300 Meter, es regnet in ganz Europa, und bei uns wird in allen bessern Häusern die Stube eingeeizt. Das Wetter tut, was es will; es wirft alle Prognosen der Sachkundigen erbarmungslos über den Haufen und nimmt weder auf internationale Ruderregatten noch auf andere Festivitäten irgendwelche Rücksicht. Aber man hat sich daran gewöhnt und schickt sich drein. Jemand, der aus einem fernen Land kam, hat dort neulich die Sonne gesehen. Sie soll immer noch genau so aussehen wie früher. Und das ist trotz allem ein Trost, der zu einer gewissen Hoffnung Anlaß gibt. Bis sie aber wieder einmal scheint, spannt man am besten die Schirme auf und versucht an der Börse einige Aktien der Schirm- und Regenmantelindustrie zu erstehen. Sie müssen derzeit eine märchenhafte Hausse erleben.

Foto Comet

Nixon spricht von totalem Truppenabzug

Vietnamkrieg und amerikanische Innenpolitik

New York, 11. Juli, ag. (J.M.) Wie die «Washington Post» berichtet, hat Nixon in einer privaten Aussprache mit republikanischen Senatoren erklärt, daß er den totalen Rückzug aller amerikanischen Truppen vor den Kongreßwahlen vom November 1970 erwäge, d. h. in weniger als 16 Monaten. Wie erinnerlich hatte er seiner letzten Pressekonferenz im Zusammenhang mit der vom früheren Verteidigungsminister Clark Clifford erhobenen Forderung für den Abzug aller 200 000 Bodenkampftruppen vor Ende 1970 erklärt, er hoffe, mehr tun zu können, als Clifford verlange. Diese Bemerkung hatte damals viel Staub aufgewirbelt, weil die Demokraten sie als ein Versprechen betrachteten, während im Weißen Haus erklärt wurde, Nixon habe lediglich eine Hoffnung ausgedrückt.

mehrere hunderttausend amerikanische Soldaten dann immer noch in Vietnam kämpfen, so wäre das eine Katastrophe für die Republikanische Partei. Die republikanischen Senatoren, die der privaten Aussprache beiwohnten, sind deshalb überzeugt davon, daß um die Zeit der Wahlen nur noch ein kleines Kontingent amerikanischer Truppen in Vietnam stehen wird.

So sehr man die Aussicht auf eine Befreiung Amerikas vom Vietnamkrieg begrüßt, fürchten informierte Kreise, daß Hanoi angesichts der politischen Notwendigkeit für Nixon, den amerikanischen Heeresbestand in Vietnam drastisch zu reduzieren, seinen Stand am Verhandlungstisch verhärtet wird.

Thailand befürchtet Invasion

Bangkok, 11. Juli, ag. (R) Wie der thailändische Luftwaffenchef und Stabschef des vereinigten Generalstabes, Marschall Dawee, erklärte, muß Thailand damit rechnen, daß es nach Beendigung des Vietnamkrieges einer kommunistischen Invasion ausgesetzt sein wird. Dawee erklärte, er habe Nachrichten über einen kommunistischen Plan erhalten, der auf Thailand abziele. Es sei noch nicht entschieden, ob Thailand von den USA verlangen werde, die 50 000 amerikanischen Soldaten auch nach dem Vietnamkrieg in Thailand zu belassen.

Am Montag hatte der thailändische Innenminister, General Praphas Charusathien, erklärt, Thailand erwarte eine kommunistische Invasion entlang einer strategischen Straße, die China bis nach Nordlaos erreicht habe.

Auch heute ist man sich in Washington nicht klar darüber, ob dieser Rückzug aller in Vietnam kämpfenden amerikanischen Truppen, also 538 000 Mann, einen definitiven Plan darstelle oder wieder nur eine Hoffnung Nixons ausdrücke. Man nimmt aber an, daß Nixon noch vor den Kongreßwahlen vom November 1970 massive Truppenabzüge vornehmen muß, wenn die Republikanische Partei ihre Stärke im Kongreß erhöhen und vielleicht sogar die Mehrheit in beiden Häusern erringen soll.

Nixon hat in seinem Wahlkampf so gut wie versprochen, den Krieg in Vietnam zu beenden, und wenn in 16 Monaten der Krieg noch andauert und

Italien als Spielball politischer Intrigen

Was sich gegenwärtig in Italien abspielt, kann nur als politische Tragödie bezeichnet werden. Um deren Tragweite zu ermessen, muß man den Blick auf die Zeit zu Beginn der sechziger Jahre zurückwenden.

Der Führer der Linksozialisten, Nenni, der mit seiner Partei jahrelang in der Opposition verharrt hatte, entschloß sich, damals zur Zusammenarbeit mit den zur Mitte tendierenden Sozialdemokraten Richtung Saragat, mit den Christlichdemokraten und den Republikanern. Damit begann das in der italienischen Politik mit großen Erwartungen begrüßte Experiment der «Öffnung nach links», in deren Zeichen das Land seither von Koalitionsregierungen der «Linken Mitte» verwaltet wurde.

Man wird nicht behaupten dürfen, dieses System habe reibungslos funktioniert. Eine wirkliche Stabilität wurde praktisch nie erreicht, und an internen Zerwürfnissen herrschte kein Mangel. Es kam wiederholt zu erbitterten Auseinandersetzungen mit lang dauernden, schwer lösbaren Regierungskrisen. Aber irgendwie konnten die Hindernisse doch immer wieder überbrückt werden. Und, was sicher auch ins Gewicht fällt: Italien erlebte trotz Wirrnissen und Streiks in diesen Jahren einen erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung.

Daß die Koalition, bestehend aus einer vorwiegend konservativen Partei, der Democrazia Cristiana, und einer Linkspartei, dem PSI, nun zerbrochen ist, ist an sich schon schlimm genug. Geradezu verhängnisvoll ist jedoch, daß innerhalb der bisherigen Koalition tragenden Parteien Krisen ausgebrochen sind, die das demokratische Regierungssystem als solches in Frage stellen.

Daß es so weit kommen mußte, hat seinen Grund darin, daß die Kristallisationskerne, um die herum jede der beiden großen Parteien sich gruppieren sollte, nicht mehr genügend einigende Kraft besitzen. Auf Seiten der Sozialisten ist die Idee einer großen demokratischen Linkspartei gescheitert. Wahlergebnisse deuteten eine langsame Erosion an, und die Anziehungskraft auf die kommunistische Wählerschaft, von der man sich so viel versprochen hatte, erwies sich als Versager. Die Partei, in der sich die Sozialisten Nennis und die Sozialdemokraten Saragats 1966 zusammengeschlossen hatten, vermochte sich in der Regierungskoalition teils ungenügend durchzusetzen, teils wurden ihre Zugeständnisse an die DC von ihren Rivalen auf der extremen Linken zu ihrem Nachteil ausgeschlachtet. Aller Beschwörungsversuche Nennis zum Trotz ist es nun zum Zerfall der Partei gekommen. Der mit den Kommunisten sympathisierende Flügel hat sich von den demokratisch gesinnten Gruppierungen getrennt und den Führer Nenni im Stich gelassen.

Bedenklich ist, daß die Democrazia Cristiana ein Bild nicht geringerer Zersplitterung bietet. Hier ringen insgesamt acht «Correnti» um die Führung. Bei diesen «Strömungen» handelt es sich um

politische Cliquen, deren jede ein Programm hat, die aber vor allem auf eine Person oder einen Personenkreis ausgerichtet ist. Aldo Moro, der frühere Ministerpräsident und DC-Parteichef, «befiehlt», wie der Name verrät, die Gruppe der «Freunde Moros». Die «Linke Basis» untersteht de Mita und Calloni, in der «Neuen Linken» führt Sullo das Zepher, bei den «Neuen Kräften» kommandiert der Kommunistenfreund Donat Cattin; die «Brücke» untersteht dem bisherigen Südtalminister Taviani, die «Neuen Nachrichten» bilden die Hausmacht Fanfanis, die «Dorotei» als unbestreitbar wichtigste Gruppe unterstehen dem bisherigen Ministerpräsidenten Rumor; Parteisekretär Piccoli, Colombo und Andreotti und die rechtsgerichteten «Freien Kräfte» endlich haben den ehemaligen Ministerpräsidenten Mario Scelba zum Chef.

Diese Aufzählung illustriert die hoffnungslose Zerrissenheit der Christlichdemokraten. Nicht genug damit, daß die verschiedenen Führer sich gegenseitig bekämpfen und ihre «Privatarmeen» in den Dienst persönlicher Ambitionen stellen. Darüber hinaus ist ein Ringen im Gang zwischen den nach links und den nach rechts tendierenden Flügeln. Dabei geht es um nichts mehr und nichts weniger als um den Übergang zu einer Volksfrontpolitik, um die Frage der Bildung einer Regierung zusammen mit den Kommunisten. — So ist die maßgebende Regierungspartei Italiens Schauplatz interner Machtkämpfe und Intrigen zum Schaden des ganzen Landes.

Die Kommunisten, die seit langem danach trachten, die Hebel der Macht zu ergreifen, unterlassen natürlich nichts, um ihre Koalitionsbereitschaft

und Regierungsfähigkeit zu unterstreichen. Diesem Ziel hat auch ihre Stellungnahme am «Roten Konzil» in Moskau gedient, wo sie sich vor allem aus innenpolitischen Interessen dem sowjetischen Zentralismus entgegenstellten. In Italien geben sie sich demonstrativ «bürgerlich», um dadurch politisch salonfähig zu erscheinen.

Sollte es ihnen tatsächlich gelingen, zusammen mit den Linksozialisten und den linken Democristiani eine Einheitsfront aller Linksparteien zu bilden, so hätte dies für die Freiheit und Demokratie des Landes wahrhaft unabsehbare Folgen.

Wie es unter den gegebenen Umständen gelingen soll, das schwankende italienische Staatsschiff heil durch die gefährlichen politischen Klippen hindurchzusteuern, das ist heute noch völlig ungewiß. Wird es Präsident Saragat gelingen, einen rettenden Ausweg zu finden und die Parteien- und Regierungskrise nicht zu einer Staatskrise werden zu lassen? Daß sich eine Koalition nach bisherigem Muster wiederstellen läßt, muß bis auf weiteres bezweifelt werden. Andererseits steht außer Frage, daß viele verantwortungsbewußte Politiker Italiens aufs höchste beunruhigt sind und ihren Einfluß geltend machen im Sinne einer vernünftigen Regelung. Ihnen liegt vor allem daran, eine weitere Radikalisierung und Polarisierung zwischen links und rechts zu vermeiden, die in letzter Konsequenz eine totalitäre Partei dieser oder jener Richtung ans Ruder bringen könnte.

Das demokratische Europa hat allen Grund, die politische Entwicklung Italiens mit größtem Interesse zu verfolgen.

Erwin Haefeli

Die größten Unternehmen der Welt

Welches sind die größten Unternehmen der Welt? Welche Industrie- und Handelsunternehmen führen in den Vereinigten Staaten sowie in Kanada, Japan und in der Schweiz die aufgrund der Umsatzhöhe oder der Bilanzsumme aufgestellte Rangliste an? Und wie hoch sind die von diesen Unternehmen erzielten Reingewinne?

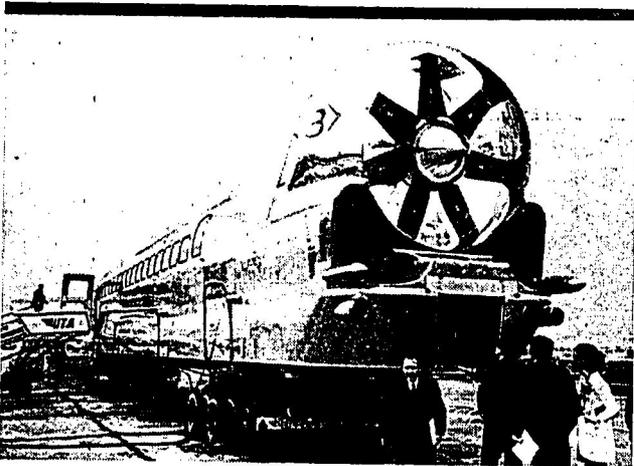
Diese Fragen beantwortet eine soeben von der Schweizerischen Bankgesellschaft herausgegebene Publikation. Nach der Zusammenstellung der Bank erreichten die 100 größten Industrieunternehmen der Welt im Jahre 1968 zusammen einen Umsatz von 1310 Milliarden Franken gegenüber 1125 Milliarden Franken im Vorjahr. Vier Industrieunternehmen wiesen einen Umsatz von je über 50 Milliarden Franken und 42 Industrieunternehmen einen Umsatz von je über zehn Milliarden Franken auf.

Das mit Abstand größte Industrieunternehmen der Welt ist die amerikanische Automobilgesellschaft General Motors

Corporation, deren Umsatz 1968 mit rund 97,9 Milliarden Franken das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Schweiz (73,2 Milliarden Franken) um nahezu 25 Milliarden Franken überstieg.

Auch den zweiten und dritten Platz nehmen unter den Industriegiganten amerikanische Gesellschaften ein, nämlich die Standard Oil Company (New Jersey) mit einem Umsatz von 66,6 Milliarden Franken und die Ford Motor Company mit einem Umsatz von 60,6 Milliarden Franken.

Im vierten Rang steht die größte nichtamerikanische Gesellschaft, das niederländisch-britische Erdölunternehmen Royal Dutch/Shell, das im Jahre 1968 einen Umsatz von 57,3 Milliarden Franken erzielte. Auch unter den 96 weiteren großen Industriegesellschaften befinden sich vorwiegend amerikanische und britische Firmen. Das umsatzstärkste deutsche Unternehmen, das Volkswagenwerk, nimmt in der Welt-rangliste den 26. Platz und das umsatzstärkste japanische Unternehmen, die Hitachi-Gesellschaft, den 42. Platz ein.



Rollt oder fliegt er?

Diese Frage stellt man sich beim Anblick dieser ungewöhnlichen Maschine, dem französischen Aero-Train, der hier zur Prüfstrecke nach Orléans transportiert wird. Die zwei Dieselmotoren dieses revolutionären Schienenfahrzeuges entwickeln einen Schub von vier Tonnen, was einer Leistung von 2200 PS entspricht. Auf dem Luftkissen wird der Silberpfeil seine 80 Passagiere mit einer Reisegeschwindigkeit von 250 Stundenkilometer befördern.